Monatsspiegel

Juni 2019

SPD Erlangen

Adressaufkleber

JA für Erlangen!

Rede von Florian Janik bei der Nominierung am 23. Mai

Von Dr. Florian Janik
Oberbürgermeister

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
vielen Dank für die Gelegenheit, mich heute hier erneut vorstellen zu können und meinen Hut erneut in den Ring zu werfen. Denn ich möchte den schönsten Job in Erlangen gerne auch die nächsten sechs Jahre machen.

Wir haben in den vergangenen Jahren seit 2014 viel erreicht. Und wir haben gemeinsam unsere Stadt nach vorne gebracht. 2013, vor genau sechs Jahren, da stand ich auch hier im E-Werk und da war es unser gemeinsamer Traum, dass wir gemeinsam die Wahl gewinnen und die Stadt gemeinsam gestalten können. Und gemeinsam ist das auch gelungen. Und mit Eurer Unterstützung, mit der Unterstützung einer großartigen Fraktion mit Barbara Pfister und einer guten Mischung aus erfahrenen Stadträten und neuen Kräften an der Spitze sowie einer engagierten Partei und auch in der Zusammenarbeit in der Ampel-Koalition haben wir vieles von dem umgesetzt, was wir uns vorgenommen haben. Vielen Dank dafür!

Vielen Dank aber auch an meine Freunde und vor allem an meine Familie: Ohne Eure Unterstützung könnte ich dieses Amt nicht ausüben.

Vor allem aber, danke, danke, liebe Sylvie. Ohne deine Begleitung, deine Liebe und deine regelmäßigen Erinnerungen, dass es auch ein Leben jenseits des Rathauses gibt, könnte ich auch nicht OB sein.

Erst vor kurzem bin ich nach einem Vortrag über aktuelle Entwicklungen in der Stadt aus dem Publikum erstaunt angesprochen worden. „Herr Janik, Sie setzen ja das um, was sie vor der Wahl gesagt haben.“ Ja das tun wir. Und ich habe mir in diesen Tagen nochmal unsere Broschüren und Prospekte aus 2014 zur Hand genommen: Stadt-Umland-Bahn, Wohnraum schaffen, Erlangen Pass, Siemens Campus voranbringen, Westbad sanieren und ein Hallenbad bauen, den Frankenhof angehen und vieles mehr. Und bei all dem eine neue Kultur des Dialogs, des Miteinanders in der Stadt etablieren.

Und gleichzeitig wisst Ihr auch, es gab auch Misserfolge – West III oder die Landesgartenschau – bei denen es uns nicht gelungen ist, die Erlangerinnen und Erlanger mitzunehmen und zu überzeugen. Und ja, das schmerzt. Und ja, da haben wir, da habe ich auch Fehler gemacht. Aber wichtig ist der Blick aufs Ganze. Und da können wir voller Selbstbewusstsein sagen: Ja, wir haben gehalten, was wir versprochen haben. Und dennoch gibt noch so viel zu tun. Und ich habe Lust darauf und ich weiß, auch Ihr habt diese Lust: Jetzt nicht aufzuhören, sondern weiter voranbringen, was wir gemeinsam begonnen haben. Wir drücken wieder auf Play!

Die großen Fragen unserer Zeit, die spüren wir auch in Erlangen und sie

Fortsetzung auf Seite 3

03.06.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
04.06.	19:30	Distriktsversammlung Frauenaurach	Gemeindehaus	S. 17
04.06.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
11.06.	18:00	Jusos am Berg		S. 20
12.06.	20:00	Distriktsversammlung West	Zur Einkehr	S. 19
18.06.	19:00	Distriktsversammlung Ost	Pizzeria Romana	S. 17
18.06.	19:00	Distriktsversammlung Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 18
19.06.	19:00	Distriktsversammlung Eltersdorf	Schützenheim	S. 17
24.06.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
25.06.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund (voraussichtlich)	
26.06.	20:00	Distriktsversammlung Süd	Bürgertreff Berliner Platz	
01.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
04.07.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund (voraussichtlich)	
09.07.	19:00	Distriktsversammlung Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 18
11.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund (voraussichtlich)	
16.07.	19:00	Distriktsversammlung Ost	Pizzeria Romana	S. 17

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	13:00 bis 17:30 Uhr
Dienstag	13:00 bis 17:30 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13:00 bis 17:30 Uhr
Freitag	12:30 bis 14:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	14:00 bis 17:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	14:00 bis 16:00 Uhr

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Philipp Dees (pd), Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Munib Agha, Stefan Barth, Monika Fath-Kelling, Katrin Hurle (kh), Nina Riebold, Mark Schuster, Eda Simsek, Christian Wonnerth

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

verlangen nach Antworten und vor allem, sie verlangen nach ganz konkretem Handeln hier vor Ort, hier in unserer schönen Stadt. Nächsten Mittwoch wird der Erlanger Stadtrat über die Ausrufung des Klimanotstands abstimmen – und das ist wichtig und weit mehr als ein Symbol. Denn wenn wir unseren Planeten schützen wollen und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft bieten wollen, dann müssen wir viel mehr tun als bisher. Die jungen Leute von Fridays for Future haben uns aufgerüttelt und den Spiegel vorgehalten. Sie nehmen uns in die Verantwortung und das vollkommen zurecht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen uns da nicht verstecken hier in Erlangen. Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht. Doch die jungen Menschen von Fridays for Future sagen zu Recht: Das genügt nicht. Wir brauchen noch mehr Mut. Wir dürfen nicht abwarten und auf Vorgaben von oben warten. Genauso, wie jede und jeder Einzelne sich fragen muss, was er tun kann, gilt das auch für die Kommunalpolitik.

Lasst mich das an einem Thema verdeutlichen, ein zentrales, gerade in Erlangen. Klimaschutz ist ohne eine konsequente Verkehrswende nicht zu schaffen. Aufbauend auf dem Engagement von Dietmar Hahlweg ist es uns in den letzten Jahren gelungen, das Radfahren weiter zu fördern und unsere Bürgerinnen und Bürger mit einem besseren Busnetz Alternativen zum Auto aufzuzeigen – mit Erfolg: Nur noch 29 Prozent geben an, dass das Auto ihr am häufigsten genutztes Verkehrsmittel ist. Aber wir sind Pendlerstadt. Wenn es uns nicht gelingt, auch den Pendlerinnen und Pendlern ein ebenso attraktives Angebot zu machen, dann werden sie ihr Auto nicht stehen lassen. Nur mit der Stadt-Umland-Bahn als leistungsfähiges Rückgrat für den öffentlichen Nahverkehr, ergänzt um ein besseres Busnetz und das zu fairen Preisen und mit Radschnellwege werden wir genau das schaffen. In einem beispielhaften Prozess haben wir gemeinsam mit unseren Nachbarn in Nürnberg und Herzogenaurach und vor allem: haben die Bürgerinnen und Bürger aus diesen drei Städten das Projekt vorangebracht und viele Ideen entwickelt, die die StUB noch besser machen. Es ist das beste Beispiel: Bürgerbeteiligung ist der richtige Weg!

Jetzt haben wir einen ersten wichtigen Schritt der Planungsphase passiert, das Raumordnungsverfahren. In den nächsten sechs Jahren, da wird es Schritt für Schritt noch konkreter und gemeinsam werden wir es schaffen, dass der Bau der StUB endlich beginnt. Denn so geht Klimaschutz konkret vor Ort! Vorfahrt für den Bus und Vorfahrt für die StUB!

Und genauso wichtig ist es, den Menschen, die jeden Tag unter dem massiven Verkehr in unserer Stadt leiden, zu helfen. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt haben viel zu lange darauf gewartet, dass die Verkehrsberuhigung weiter geht. Sie haben viel zu lange unter dem Lärm und den Abgasen gelitten. Gemeinsam mit allen Beteiligten, mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, mit dem Einzelhandel und mit dem Uniklinikum haben wir in den letzten Jahren viel diskutiert und auch um den richtigen Weg gestritten. Dabei haben wir einen guten Kompromiss gefunden: Der Verkehr, der nur durch die Stadt hindurchbraust, soll gefälligst außen herumfahren. Wer in die Stadt hinein oder zum Klinikum muss, soll das auch weiterhin können. In den nächsten Monaten werden wir diesen Weg auch umsetzen und so unsere Innenstadt wieder ein Stück lebenswerter machen. Zunächst mit dem Probebetrieb der Einbahnstraße in der Neuen Straße und langfristig, wenn das gut funktioniert, mit der Umgestaltung eben dieser Straße, die das ganze Umfeld, rund um

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juli/August 2019
19. Juni 2019

Klares Votum für Dr. Florian Janik

(pd) Ein klares Ergebnis gab es für die erneute Bewerbung von Florian Janik als Oberbürgermeisterkandidat der SPD: 69 von 70 Stimmberechtigten stimmten für den amtierenden Oberbürgermeister, der in seiner Bewerbungsrede intensiv für die Fortsetzung seiner Politik geworben hatte. Unterstützung fand er dafür unter anderem auch bei der SPD-Fraktionsvorsitzenden Barbara Pfister, Altoberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg und der Landtagsabgeordneten Alexandra Hiersemann.

Insgesamt startet die SPD so mit viel Schwung in den anstehenden Wahlkampf. Musikalisch gab diesen Schwung der Erlanger Kneipenchor (Bild links) mit, der die Veranstaltung musikalisch umrahmte. Und bei der anschließenden Feier in der E-Werk-Kellerbühne wurde mit viel guter Stimmung der gelungene Wahlkampfauftakt gefeiert.

das Klinikum deutlich aufwerten wird. Denn wo ist die Stadt heute am schönsten, wo flanieren die meisten Menschen und wo erzielt der Handel seine größten Umsätze? Genau in der Fußgängerzone und nicht entlang von stark befahrenen Hauptverkehrsstraßen!

Liebe Genossinnen und Genossen,
neben dem Klimaschutz brennt uns allen noch ein anderes Thema unter den Nägeln. Und auch das spüren wir jeden Tag. Das Klima ändert sich auch in unserer Gesellschaft. Gefühlt jeden Tag verschiebt sind die Grenze des Sagbaren. Jeden Tag wird ein weiteres Tabu gebrochen. Die neuen und alten Rechten machen es so, wie sie es immer getan haben. Und Unterstützung erfahren sie dabei zum Teil bis in die sogenannte Mitte. Sie versuchen die Gesellschaft in einzelne Gruppen zu spalten und diese dann gegeneinander aufzuhetzen: Heute sind es die Muslime, morgen die Juden. Heute die Frauen, morgen die Homosexuellen. Und sehr geschickt sprechen sie dabei die real existierenden Probleme der Menschen an und machen eine dieser Gruppen dafür verantwortlich: „Du bekommst keine Wohnung, aber der Flüchtling, der hat eine.“ „Du bist krank und keiner hilft Dir, aber dem anderen wird alles nachgetragen.“ „Dein Kind bekommt keinen Platz in der KiTa, aber die Frau, die Ihren Mann vergrault hat, die kriegt einfach einen.“

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere Antwort darauf muss mehr sein als die politische und moralische Auseinandersetzung mit diesen Vorwürfen und wir tun auch mehr. Versteht mich nicht falsch: Es ist wichtig und richtig, aufzustehen gegen Rechts und in der Öffentlichkeit Flagge zu zeigen. Es ist richtig, sich stark zu machen für die Schwachen. Es ist richtig, dass Erlangen sicherer Hafen ist und wir uns dafür engagieren, Menschen nicht im Mittelmeer ertrinken zu lassen.

Aber das reicht nicht. Wir müssen ebenso klar und mit der gleichen Konsequenz und mit dem gleichen Nachdruck unseren Weg weitergehen und weiterbauen am sozialen Miteinander, an guten Nachbarschaften – an unserem Stadtmotto: Offen aus Tradition.

Der von uns eingeführte Erlangen Pass erleichtert es jeden Tag, allen Menschen, die nicht über ein hohes Einkommen verfügen, am Leben der Stadtgesellschaft teilzuhaben. Und das macht etwas aus. Für die alleinerziehende Mutter macht es einen Unterschied, ob sie einmal in der Woche mit Ihren Kindern kostenlos ins Bad gehen kann oder nicht. Und für das Rentnerpaar mit kleiner Rente macht es etwas aus, ob sie sich die regelmäßige Fahrt mit dem Bus in die Stadt oder zu ihren Freunden leisten können oder nicht.

Und für viele Unternehmen und Vereine bietet der Pass die Möglichkeit, sich zu engagieren und der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Die Apotheke an der Ecke, der Sportverein im Stadtteil – viele beteiligen sich und tragen so dazu bei, dass unsere Stadtgesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet. Jetzt steht der nächste Schritt an. Ich möchte dieses Modell weiterentwickeln, dass auch diejenigen von den Angeboten des Erlangen Passes profitieren, die immer hinten runterfallen, aber trotzdem mit ihrem Einkommen keine großen Sprünge machen können. Die zu viel fürs Wohngeld verdienen – aber zu wenig, um sich die Theaterkarte oder den Kindern den Schwimmbadbesuch bezahlen zu können. Die, die jeden Tag hart arbeiten und stolz darauf sind, keine staatlichen Leistungen zu beziehen, aber dennoch die eine oder andere Hilfe und Unterstützung gut gebrauchen können. Für die werden wir den Erlangen Pass Plus einführen.

Ebenso wenig nachlassen dürfen wir bei der größten sozialen Frage in unserer Stadt. Wohnen ist teuer in Erlangen. Und für viele ist die Belastung nicht zu schultern. Und auch hier gilt: Wir haben viel erreicht. Erstmals seit 10 Jahren ist die Zahl der geförderten Wohnungen in unserer Stadt nicht mehr gesunken, sondern gestiegen. Wir haben die Trendwende geschafft! Wir haben mit unserer städtischen GeWoBau wieder neuen, bezahlbaren Wohnraum in der Stadt geschaffen: In der Brüxer Straße, in der Housing Area. Und in Büchenbach und am Anger geht es weiter. In einer bayernweit einzigartigen Kooperation mit den Gemeinden um uns herum entsteht auch dort, in Röttenbach, in Uttenreuth, in Heßdorf, bezahlbarer Wohnraum durch die GeWoLand. Und überall, wo in der Stadt neues Baurecht geschaffen wird, bestehen wir auf 30 Prozent geförderten Wohnraum. Und in den Neubaugebieten in Büchenbach, da zeigen wir, dass man günstigen Wohn-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

Aus technischen Gründen können wir in dieser Ausgabe die „runden“ Jubilarinnen und Jubilare leider nicht namentlich nennen. An der Herzlichkeit unserer Gratulation ändert dies aber nichts!

raum für alle Schichten der Bevölkerung und einen lebenswerten Stadtteil schaffen kann.

Aber wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Und glaubt mir, bei jedem einzelnen Bebauungsplan, bei jedem einzelnen Bauvorhaben im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, da sitzen die Bauträger und Grundstückseigentümer bei mir im Büro und weisen darauf hin, dass genau ihr Projekt nicht vergleichbar ist mit all den anderen und das genau bei Ihrem Projekt sozialer Wohnungsbau doch nicht wirklich nötig sei. Und bei jedem einzelnen Projekt gibt es im Stadtrat die Diskussion: Nicht hier, nicht so, aber ja, sozialer Wohnungsbau ist wichtig. Hier werden wir konsequent weitermachen, denn mein Ziel und das Ziel der SPD ist es, dass unsere Stadt auch Heimat ist und Heimat bleibt für den Krankenpfleger und für die Polizistin. Und dass Menschen, egal wo sie herkommen, was sie arbeiten und wie viel sie verdienen, ob sie behindert sind oder nicht, im gleichen Stadtteil Tür an Tür wohnen. Dass ihre Kinder in die gleiche Schule gehen und sich zusammen erst am Spielplatz und später auf dem Bolzplatz treffen – denn so entsteht das Miteinander in einer Stadt und einer Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

Und genau das ist auch der Grund, warum wir in den vergangenen Jahren so viel investiert haben in Sportstätten, in KiTas, in Bürgerhäuser und in Schulen. Es geht nicht zuerst um die Gebäude, die sind nur eine Hülle. Es geht darum Räume zu schaffen, Orte, an denen Begegnung stattfindet, Orte, an denen Menschen zueinander finden, an denen sich Menschen begegnen, die sich sonst nicht über den Weg laufen würden und Orte, an denen gemeinsam Ideen entwickelt und umgesetzt werden. Räume für ein Miteinander. Und diesen Weg werden wir weitergehen. Noch in diesem Jahr eröffnet das Bürgerhaus in Kriegenbrunn, in Eltersdorf, in Büchenbach und mit dem Frankenhof in der Innenstadt sind die Projekte in Planung oder im Bau. In der ganzen Stadt entstehen Kita-Plätze für mehrere Hundert Kinder. Und der Schwerpunkt der nächsten Jahre wird darin liegen, unsere Grundschulen fit zu machen für die Ganztagsbetreuung. Wir werden eine der Kernforderungen der SPD wahr machen: Die besten Schulen gehören in die Stadtteile zu den Familien und Kindern, die unsere Unterstützung am dringendsten brauchen. Denn gute Bildung durch gute Schulen ist die beste Investition in die Zukunft der Kinder.

Zusammenhalt, Miteinander und Demokratie, Reflektion und Diskurs über die Gesellschaft, das entsteht gerade auch im kulturellen Bereich. Kultur für Alle ganz im Sinne von Herrmann Glaser, das ist unser Programm, gerade auch mit unserer Kulturreferentin, mit Anna Steinert-Neuwirth. Das ist der Grund, warum wir das E-Werk wieder mit mehr Geld ausgestattet haben. Das ist der Grund, warum wir bei allen kulturellen Veranstaltungen, bei den Festivals, im Theater, bei den Seekonzerten und so fort darauf achten und darauf hinwirken, dass sich diese Angebote öffnen für alle Menschen der Stadtgesellschaft. Inklusive Angebote beim Poetenfest, die Bürgerbühne im Theater, Aktionen in den Stadtteilen beim Figurentheaterfestival oder der ComicSalon im Herzen der Stadt, das ist Kultur für Alle! All das dient natürlich auch der Profilierung und der Stärkung von Kunst und Kultur in unserer Stadt. Es dient aber eben auch dem Erlebbarmachen und Erfahrbarmachen von allen Aspekten der Stadtkultur auch und gerade für die Menschen, die – aus welchem Grund auch immer – sich von Kulturveranstaltungen nicht angesprochen fühlen, für die reale oder manchmal auch gefühlte Barrieren bestehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
Erlangen ist auf einem guten Weg. Die Stadt prosperiert. Wir investieren so viel

Trauer um Gerlinde Uhl

Die Erlanger SPD trauert um ihre frühere stellvertretende Kreis- und Unterbezirksvorsitzende Gerlinde Uhl, die Ende Mai im Alter von 83 Jahren verstarb.

Gerlinde Uhl, in Düsseldorf geboren und während des Krieges bei ihrer Großmutter in Westpreußen aufgewachsen, kam 1965 nach Erlangen, wo sie ab 1966 als Lehrerin am Marie-Therese-Gymnasium arbeitete.

Geprägt von den Erlebnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit und von ihrer Arbeit in der evangelischen Studentengemeinde in Berlin trat Gerlinde Uhl in den achtziger Jahren in die SPD ein. Einer ihrer zentralen Arbeitsschwerpunkte in der Partei war der Kampf gegen Rechts, den sie unter anderem als Vertreterin der SPD bei der „Aktion Courage“ führte, dem breiten Bündnis, dass sich in den 1990er Jahren gründete, als sich Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit breit machten.

Ab 1989 war Gerlinde Uhl zunächst als Schriftführerin Mitglied des Kreisvorstands, 1991 übernahm sie den stellvertretenden Kreisvorsitz. Ohne persönlichen Ehrgeiz auf Mandate oder weitere Posten, aber mit ihrer Sicht als jemand, der „von außen“, ohne klassische sozialdemokratische Sozialisation, zur SPD gekommen war gestaltete sie die Arbeit der Erlanger SPD in einer schwierigen Zeit mit und brachte ihr ausgeprägtes Gespür für Politik außerhalb klassischer SPD-Milieus in die Arbeit ein; das unterstreicht nicht zuletzt ihr Engagement für den Arbeitskreis „Kirche und SPD“, den sie leitete.

Die Erlanger SPD wird Gerlinde Uhl ein ehrendes Andenken bewahren.

wie niemals zuvor und Dank der vielen engagierten Arbeitnehmer*innen und Dank der starken Unternehmen sprudeln auch die Steuereinnahmen. Und deshalb gelingt es uns, trotz dieser hohen Investitionen die Verschuldung der Stadt zu senken. Das kommt nicht von alleine. Wir pflegen unsere Unternehmen. Der größte Erfolg war sicherlich die Ansiedlung von Schaeffler in Frauenaurach und die TechFak in Erlangen zu halten.

Und wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken, bei all den Herausforderungen, die vor uns liegen. Erlangen verwandelt sich gerade ein weiteres Mal. Ein nächstes Mal nach der Ansiedlung von Siemens und dem Ausbau der FAU nach 1945. Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass unsere Stadt von diesen Entwicklungen profitiert und wir werden dafür sorgen, dass die Verwandlung auch gelingt. Die Investitionen von Siemens am Campus und bei den Healthineers und die neuen Standorte der Universität, der PhilFak, der TechFak und des Klinikums werden unsere Stadt verändern. Sie werden das Bild unserer Stadt verändern. Es werden neue Schwerpunkte entstehen, neue Orte der Urbanität und die gewohnten Orte werden sich erneuern und wandeln.

Veränderung erzeugt aber auch Unsicherheit. Wenn sich die gewohnte Stadt um einer herum, vor der Haustür verändert und die altbekannten Wege sich verändern, dann sorgen sich Menschen, sie sorgen sich darum, ob die Stadt so erhalten bleibt, wie man sie kennt und liebt. Ob sie sich auch danach so anfühlt, wie man Erlangen gewohnt ist. Die kleine Großstadt, die grüne Stadt, die Fahrradstadt, die Stadt, der kurzen Wege.

Viele der wichtigen Projekte, die in den vergangenen Jahren angestoßen wurden, haben eben gerade das Ziel, Erlangen auch im Wandel zu erhalten, wie wir es lieben.

Ich bewerbe mich erneut als Oberbürgermeister, denn ich möchte den Wandel und die Chancen unserer Stadt mit den Menschen gestalten. Und ich freue mich darauf, wenn aus den abstrakten Bauprojekten konkrete, erlebbare Orte der Begegnung werden, Orte des Miteinanders. Denn das, was Erlangen vor allem auszeichnet, sind die Menschen, die hier leben, die Bürgerinnen und Bürger und das Engagement, das Miteinander.

Wandel braucht Mut. Doch Erlangen hat sich stets neu erfunden, um so zu sein und so zu bleiben, wie wir es lieben: Offen aus Tradition.

Und das haben wir gerade erst wieder erlebt. Die wohl prägendste Zeit für mich seit 2014 war die Ankunft der Menschen, die hier Schutz gesucht haben: Die großen Herausforderungen, aber auch erst das Gefühl und dann die Gewissheit, es in dieser Stadt wirklich gemeinsam schaffen zu können. Mit beispielhaftem Engagement helfen Ehrenamtliche und Hauptamtliche seit Jahren zusammen, um Integration zu ermöglichen und den Menschen, die hier bei uns Hilfe suchen, eine neue Heimat zu schaffen. Ja, wir können Wandel und wir sollten den Mut haben, dieses JA zum Wandel auch laut und selbstbewusst zum Ausdruck zu bringen! Gerade in Erlangen wissen wir aus unserer Geschichte: Veränderung ist vor allem eine Chance, unsere Stadt noch lebenswerter und noch liebenswerter zu machen!

Gerade weil es aber die Menschen sind, die eine Stadt, die ihre Identität ausmachen, gerade deshalb ist es bei den großen und kleinen Veränderungen so entscheidend, dass diese nicht einfach passieren, dass sie nicht über uns hereinbrechen, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger erleben, dass sie Einfluss nehmen können, dass ihre Meinung dabei wichtig ist, dass sie gehört werden und auch mitentscheiden können.

Von Stadtteilbeiräten bis Jugendbeteiligung, von Planungsworkshops bis zum StUB-Dialogforum, von den Baupiloten für das Stadtteilhaus West bis zur kooperativen Planung in der Isarstraße – wir haben eine Vielzahl von Möglichkeiten geschaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen können. Wir warten nicht mehr darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen zu uns kommen, wir gehen hin, hören zu und tragen dafür Sorge, dass ihre Meinung auch gehört wird. Und viele Beispiele – allen voran das Dialogforum zur StUB – zeigen, dass die Intelligenz der Vielen die Projekte nicht nur voranbringt, sondern vor allem besser macht. Diese Möglichkeiten werden wir in den nächsten Jahren fest etablieren und noch weiter ausbauen. Ich möchte erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihren Stadtteilen nicht nur konkrete Projekte vorschlagen können – die Parkbank an der Ecke, die Umgestaltung eines Parks oder die Sanierung eines Spielplatzes, sondern dass sie die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines Bürgerbudgets über diese Projekte auch selbst entscheiden. Das ist ein weiterer Schritt hin zur gelebten Demokratie in der Kommune!

Unser eingeschlagener Weg, die Stadt im Dialog zu gestalten, ist richtig. Dialog macht unterschiedliche Positionen klarer und gibt Positionen eine Öffentlichkeit, die sonst nicht gehört werden würden. Er gibt Menschen eine Stimme, die sie von alleine nicht erheben würden. Dialog bedeutet aber auch das Ringen um den richtigen Weg. Dialog ist anstrengend, doch er lohnt sich.

Liebe Genossinnen und Genossen,
vor uns liegt noch ein knappes Jahr bis zur Wahl im März 2020. Ich freue mich darauf, mit Euch zusammen die nächsten Monate wieder auf der Straße und in den Stadtteilen für unsere Vorstellungen einer nachhaltigen und einer gerechten Stadt zu werben. Ich freue mich darauf mit Euch zusammen von Tür zu Tür, von Fest zu Fest und von Veranstaltung zu Veranstaltung durch alle Stadtteile zu ziehen, um gemeinsam für unsere Sache zu werben. Ich freue mich darauf, weitere sechs Jahre mit Eurer Unterstützung und gemeinsam mit allen Erlangerinnen und Erlangen diese Stadt zu gestalten. Dafür bitte ich heute erneut um euer JA! Sagen wir heute gemeinsam JA! Starten wir gemeinsam durch!
JA zu Erlangen und JA für Erlangen!

Der Wahlkampf hat begonnen!

Dein Janik – Dein Termin: Florian Janik im Gespräch

„Dein Janik – dein Termin“: Unter diesem Motto können Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen etc. etc. Termine mit Florian Janik vereinbaren und mit ihm über die Themen sprechen, die sie bewegen. Seit dem Start der Reihe im April hat Florian Janik dabei schon zahlreiche Gespräche geführt – und noch mehr sind vereinbart.

Was treibt junge Menschen in Erlangen gerade um?

Oberbürgermeister Florian Janik folgte der Einladung einer WG-Mitbewohnerin und stellte sich den Fragen der jungen Leute. Berührungsängste gab es keine. Im Gegenteil: Wenn schon mal der Oberbürgermeister zu Besuch ist, dann wird die Gelegenheit genutzt und intensiv mit dem Stadtoberhaupt über die aktuell drängendsten Fragen diskutiert. Das Thema Verkehr und Mobilität stand dabei im Mittelpunkt, vor allem das Fahrradfahren in Erlangen, der ÖPNV und die StUB.

Einig waren sich alle darin, dass Erlangen dringend eine Verkehrswende braucht, angesichts von über 60.000 Pendlerinnen und Pendlern, die jeden Tag überwiegend mit dem Auto in die Stadt kommen. Je mehr Menschen den ÖPNV nutzen, desto mehr CO2 kann eingespart werden, denn weniger Stau, weniger Abgase und weniger Lärm sind nur mit einem leistungsfähigen ÖPNV möglich.

Florian Janik warb dabei auch für die Stadt-Umland-Bahn. Denn die schafft durch neue Verbindungen eine bessere Erreichbarkeit der Arbeits- und Studienplätze, aber auch der Schulen und der Kultur- und Freizeitangebote im Großraum und ist ein aktiver Beitrag zu mehr Klima- und Umweltschutz.

Aus Sicht der Studierenden wurde ein weiteres Problem in Erlangen angesprochen. Es gäbe viele Wohnungen für Studierende, aber zu wenig Grünflächen. Viele Studierende würden sich daher gerade im Sommer lieber im Freien auf Plätzen aufhalten. Das führt aber wiederum wie am Bohlenplatz zu einer Reihe von Interessenskonflikten zwischen Freizeitvergnügen und Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner. Vielleicht, so ein Vorschlag, könnte die Universität aufgefordert werden, Freiflächen auf ihrem Gelände für den Aufenthalt von Studierenden zur Verfügung zu stellen und dafür auch entsprechend zu gestalten. Auch die Stadt könnte sich bei der Universität besonders nachdrücklich für die Verlängerung der Öffnungszeiten des Schlossgartens im Sommer einsetzen.

Wie gehts weiter mit Hampels Kaufladen?

Hampels Kaufladen ist für die Sieglitzhofer ein wichtiger Ort - sei es für die Nahversorgung oder für ein kleines Pläuschchen in der Nachbarschaft.

Nun wird der Kaufladen den Standort wechseln... nur ein paar Meter über die Straße, deutlich kleiner und in etwas ungewöhnlichen Räumlichkeiten. Katharina Kühnert und Stefan Hampel führten den Oberbürgermeister durch die neuen Räume und stellten ihre Ideen vor.

Soviel sei schon mal verraten: Es wird sicher sehr interessant, den neuen Standort zu besuchen. Themen des Gesprächs waren die Nahversorgung im Stadtteil und wie wichtig vielen Menschen hier der persönliche Kontakt ist.

Schön ist es, beim Einkaufen nicht ein x-beliebiger Kunde zu sein, sondern mit dem Namen angesprochen zu werden. Die Sieglitzhoferinnen und Sieglitzhofer genießen es, zu Fuß oder mit dem Fahrrad direkt vor Ort den täglichen Bedarf decken zu können. Das Thema Stellplätze kam aber auch zur Sprache.

Für die Eröffnung versprach Florian Janik einen weiteren Besuch.

Gute Ideen im Kreativlabor

Das Kreativlabor in Erlangen bietet Kunst- und Kulturinteressierten die Möglichkeit den Handwerkerinnen über die Schultern zu schauen, Workshops und Kunstausstellungen zu besuchen, musikalische Abende zu genießen, eigene Projekte mitzubringen und noch vieles mehr. Ein spannendes Angebot mitten in der Erlanger Altstadt.

Carolina Martinez, die Inhaberin des Erlanger Kreativlabors, hat mit ihrem in März 2018 eröffneten Geschäft Glück. Glück, dass der Laden die ideale Größe hat, um dem eigenen Konzept gerecht

zu werden. Glücklich sind sie aber auch, dass Florian Janik ihrer Einladung gefolgt ist, um in ihrem Coworkingspace über die Attraktivität Erlangens zu sprechen, aber auch um auf ihre Ideen und Anregungen aufmerksam zu machen.

Carolina Martinez und ihrer Coworkerin Ingrid Modlmayr ist wichtig, dass auch die Erlanger Geschäfte abseits der Hauptachse stets die Möglichkeiten bekommen, attraktiv für potentielle Kundinnen und Kunden zu sein. Hierzu braucht es nicht nur die Kooperation der einzelnen Geschäftsinhaber, sondern auch weiter die Unterstützung der Stadt, meint Carolina Martinez.

„Mir ist es wichtig den lokalen Einzelhandel zu fördern.“, so Florian Janik und macht damit beiden bewusst, dass er ihr Anliegen sehr gerne unterstützt und die Stadt für jede Idee dankbar und gesprächsbereit ist. In der Innenstadt sind in den letzten Jahren mehrere Händlerinitiativen entstanden, z.B. Leben findet Altstadt oder die Initiative rund um den Bohlenplatz. Das City-Management unterstützt all diese Initiativen nach Kräften.

Ein weiteres Anliegen von Carolina Martinez ist eine Projektidee für mehr Kunst im öffentlichen Raum. Inspiriert haben Frau Martinez mitunter die Städte Bogotá, Barcelona, Lissabon und Amsterdam . Vorstellbar ist für Carolina Martinez, dass unter Leitung des Kreativlabors, Künstlerinnen und Künstler aus Erlangen, der Region und ganz Europa für einzelne Projekte akquiriert werden, um so das Stadtbild Erlangens aufzufrischen. Für das „Wie“ hätten sie auch schon eine Idee, denn hierbei könnten die Stadt Erlangen und motivierte Privatinvestoren bei der Finanzierung aushelfen, das „Wo“ ist weitaus schwieriger. Nicht nur der Denkmalschutz wäre zu beachten, sondern auch der Ensembleschutz. „Ich kann mir ein Pilotprojekt an einem städtischen Gebäude gut vorstellen.“, sagte Florian Janik den beiden seine Unterstützung zu.

Wie kann man die Obere Karlstrasse inklusive Bohlenplatz beleben?

In der Innenstadt Erlangen gibt es neben dem Schlossgarten der Universität auch den grünen Bohlenplatz, der für einige Erlangerinnen und Erlanger einen schönen Ort zum Entspannen bietet. Um den Bohlenplatz rum gibt es auch zum Shoppen 5 bis 7 Geschäfte, sowie ca. 15 weitere in der Oberen Karlstrasse/Fahrstrasse. Alle haben die unterschiedlichsten Angebote – unter anderem den Perlenmarkt Schulze, wo eines der Ter-

mine des Formats „dein Janik - dein Termin“ stattfand.

Auf Einladung von Frau Rieke Ott als Stellvertreterin für die Geschäfte am Bohlenplatz und Frau Martina Geue als Stellvertreterin für die Obere Karlstrasse, besuchte Florian Janik den Perlenmarkt Schulze am Bohlenplatz. In einer lockeren Runde kamen dabei Schwierigkeiten des Einzelhandels in der Oberen Karlstrasse sowie am Bohlenplatz zur Sprache. Frau Ott und Frau Greue arbeiten beide zusammen daran, diese beiden Strassen im Gespräch zu halten und damit die Kundenfrequenz zu verbessern.

Deshalb kam unter anderem der Wunsch auf, dass diese Straßen durch neue Veranstaltungen und Events attraktiver gestaltet werden sollen: neben optischen Verschönerungen durch Blumen und Dekorationen, sollen sowohl die Erlanger Bürgerinnen und Bürger, als auch Besucherinnen und Besucher von außerhalb durch kulinarische Angebote an den Bohlenplatz gelockt werden. Das Zusammenspiel von Kultur und Gastronomie könne auch das Interesse an den bunten Einkaufsmöglichkeiten durch die Einzelhändler in diesem Stadtteil stärken.

Florian Janik fand besonders die Idee, Foodtrucks mit vegetarischen/veganen Essensmöglichkeiten an diese Straßen sowie an den Bohlenplatz zu bringen und diese vorher für regionale Anbieter auszuschreiben, toll und will dies als Impuls in die Stadtverwaltung mitnehmen. „Wir müssen nicht nur gutes tun, sondern auch drüber reden.", so Janik abschließend.

Die Schwierigkeiten durch die Kon-

kurrenz des Online-Handels sowie die zum Teil hohen Mietpreise in der Altstadt sind vielen bekannt, jedoch funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Erlangen und den Einzelhändlern vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit immer besser und die Idee der Vernetzung von Gastronomie und Einzelhandel könne den Einzelhandel sowie die Altstadt definitiv attraktiver werden lassen.

Von der Rente, über Radfahren bis zur Bergkirchweih

Bei bestem Wetter und mit „gutem Erlanger Wasser“ wurde Oberbürgermeister Florian Janik von Sigrid Krause

im Röthelheimpark empfangen. Die Anwohnerin wollte sich schon länger zu einigen Themen informieren und ihre Anliegen äußern, umso zufriedener ist Frau Krause, dass sie die Möglichkeit hat, dies direkt bei Florian Janik anzusprechen.

Frau Krause macht sich schon seit längerem über das aktuelle Rentenkonzept Gedanken. Ihrer Meinung nach bedarf es einer Reform, sodass vor allem für Frauen der Bezug einer fairen Rente möglich ist. Denn zur Zeit ist es vor allem für jene Frauen schwer, die sich um die Kindererziehung gekümmert haben, untermauert Sigrid Krause ihr Anliegen. Ihrer Meinung nach, müsste das (Prozent-)Punktesystem für diesen Teil der Rentenberechnung abgeschafft und durch einen Festbetrag ersetzt werden. Ebenso bestünde eine weitere Möglichkeit zur Reformation des Rentenkonzepts in der Ausweitung des Solidaritätsprinzip auf Beamte. Spannende Gedanken, die Florian Janik gerne mit Frau Krause diskutiert.

Ein für die Erlangerin ebenso wichtiges Anliegen ist ein Schnellradweg zwischen Erlangen und Nürnberg. Sie weiß um die Situation, so erzählt Frau Krause, denn ihr Mann ist früher täglich die 25 Kilometer zu seiner alten Arbeitsstelle nach Nürnberg mit dem Rad gefahren. Sie ist der Meinung, dass auch Radfahrer ein Recht auf einen gefahrlosen Arbeitsweg haben. Dies kann Florian Janik nur bestätigen. Auch er ist der Meinung, dass es für eine schnelle, gefahrlose Verbindung mit dem Rad, eine freie Strecke benötigt. Das Problem versuchen die Städte Nürnberg und Erlangen auch schon anzugehen, doch braucht man hierbei auch die Unterstützung vom Freistaat Bayern. Mit etwas Glück könne man aber schon Ende dieses Jahres mit der Planung beginnen, teilt Oberbürgermeister Janik mit. Die Radverbindung Herzogenaurach – Erlangen wird dabei natürlich nicht vergessen, dennoch wird es hierbei noch etwas dauern bis man in die Planungsphase kommen wird.

Ebenfalls interessant, ist das Potential des öffentlichen Personennahverkehrs, welches Frau Krause ansprechen möchte. Eben dieser ökologische Verkehrsträger würde ihrer Meinung nach mehr genutzt werden, wenn er ökonomischer wäre. „Für einen attraktiven ÖPNV brauchen wir als Kommune die Unterstützung des Freistaat Bayerns“, ergänzt Florian Janik. Für ihn ist klar: Nur bessere Bedingungen und Qualität motivieren Bürgerinnen und Bürger zum Umsteigen. Einen ersten Erfolg sehe er aber auch, wenn in diesem Jahr keine Kostenerhöhung stattfände.

Man merkt, dass die Stadtentwicklung Erlangens Frau Krause am Herzen liegt, auch deshalb möchte Sie das Thema „Baumfällungen am Berg“ ansprechen. Letztens hat sie bei einem Besuch an den Kellern mitbekommen, dass es zu Fällungen gekommen ist. Klar, dass sie noch einmal wissen möchte, was an all den unterschiedlichen Aussagen dran ist. Dass es zu Baumfällungen auf dem Bergkirchweihgelände gekommen ist, bestätigt der Oberbürgermeister, jedoch waren die durchgeführten Zugversuche nicht der Grund für die Fällungen, vielmehr haben eben diese einen hohen Baumbestand gesichert. Zu den Zugversuchen ist es gekommen, da zwei von der Stadt beauftragte, unabhängige Gutachten an der Standsicherheit einiger Bäume zweifelten. „Wir haben als Stadt eine moralische Verantwortung und dieser möchte ich auch nachkommen“, untermauert Florian Janik sein handeln. Ihm und seiner Verwaltung sind die Fällungen nicht leicht gefallen, versichert er.

Abschließend hat die Anwohnerin noch ein letztes Thema, dass ihr erst seit kurzem so richtig bewusst wird. Seitdem sie auf den Hund ihrer Tochter aufpasst, ist sie eben für das Thema sensibilisiert. Gerade wegen der vielen herumliegenden Kotbeutel würde sie sich mehr Mülleimer wünschen, ebenfalls wäre auch eine Weiterentwicklung des Angebots an Hundewiesen super. Punkte, die Florian Janik aus dem Gespräch mitgenommen hat und prüfen lassen wird.

Wie barrierefrei ist Erlangen?

Mitte Mai traf sich Florian Janik mit Frau Adam und Herrn Schneider in einem Café in der Altstadt. Frau Adam ist auf

einen Assistenzhund angewiesen und schilderte beim Treffen mit Florian Janik mit welchen Hürden sie zu kämpfen hat.

Frau Adam leidet unter einer psychischen Erkrankung und ist deswegen auf

einen Assistenzhund angewiesen. Der Hund ist für Frau Adam ein wichtiger Bezugspunkt, insbesondere bei psychischen Krisen. Deswegen kann sie ohne ihren Hund das Haus nicht verlassen.

Doch selbst in alltäglichsten Situationen werden Frau Adam wegen ihres Assistenzhundes Steine in den Weg gelegt. Obwohl sie im Erlanger Norden wohnt, muss sie zum Einkaufen in die Karl-Zucker-Straße. Denn nur dort darf sie mit ihrem Hund einkaufen gehen. Obwohl ihr Hund als Assistenzhund gekennzeichnet ist, kommt sie in andere Supermärkte mit ihrem Hund nicht rein.

„Das wäre so wie wenn man man einem Rollstuhlfahrer sagen würde: ‚Sie dürfen hier rein, aber ihr Rollstuhl muss draußen bleiben!'", warf Herr Schneider ein. Herr Schneider, der selber unter einer starken Epilepsie leidet, versucht Frau Adam wo es nur geht im Alltag zu unterstützten. Er beklagt sich über das mangelnde Bewusstsein in der Gesellschaft: „Viele Menschen nehmen uns gar nicht ernst, weil man uns unsere Behinderung nicht ansieht."

Auch in vielen Cafés ist Frau Adam mit ihrem Assistenzhund nicht erwünscht. Selbst der Besuch medizinischer Einrichtungen stellt manchmal ein Hindernis dar.

Florian Janik ist davon überzeugt, dass die Hürden mit denen Frau Adam und Herr Schneider konfrontiert sind ihre Selbstbestimmtheit stark einschränken: „Sie sind wegen Ihrer Krankheit auf den Hund angewiesen. Wenn Sie deswegen in Supermärkten keinen Eintritt bekommen, stellt dies eine Diskriminierung dar." Deswegen stellt Florian Janik Kontakt zur Antidiskriminierungsstelle der Stadt Erlangen her, damit diese ihnen weiterhelfen kann.

Die neue ArbeiterInnenklasse: Menschen in prekären Verhältnissen

Beeindruckender Vortrag von Veronika Bohrn Mena

(kh) Vor ca. 25 Interessierten aus Partei und Öffentlichkeit stellte Veronika Bohrn Mena ihr Buch mit dem Titel „Die neue ArbeiterInnenklasse: Menschen in prekären Verhältnissen" vor und schilderte dabei einige Hintergründe zu prekärer Beschäftigung. Veronika arbeitet als hauptberufliche Gewerkschafterin bei der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp). 2006 war sie beteiligt an der Gründung der Plattform Generation Praktikum, die aus dem Frust darüber entstand, dass Einige nach Abschluss ihres Studiums nur unbezahlte oder schlecht bezahlte Praktika angeboten bekamen. Dieses Thema wurde von den

Gewerkschaften nicht wirklich ernst genommen, da Praktika ja ohnehin in den Lehrplänen festgeschrieben seien. Veronikas Schwerpunkt bei der Gewerkschaft ist atypische Beschäftigung (Werkverträge, Soloselbstständigkeit, Teilzeit, Minijobs). Aus ihrer täglichen Erfahrung mit den Betroffenen erfährt sie die Unsicherheit, die derartige Arbeitsverhältnisse für die Menschen bedeuten: Das Einkommen ist niedrig, die weitere Perspektive unklar. Dass unterschiedliche Gruppen betroffen sind, erschwert die Organisation dieser Leute, wenngleich die resultierenden Probleme oft ähnlich sind. Da die Arbeiterkammer in Österreich nur für formale Arbeitnehmer zuständig ist, bleibt atypisch Beschäftigten nur der Weg zur Gewerkschaft.

Ein Drittel der Beschäftigten in Österreich sind von prekärer Arbeit betroffen. Damit verbunden ist eine unzureichende soziale Absicherung. Resultat ist meist Altersarmut, wovon insbesondere Frauen betroffen sind. Anstatt Lösungen anzubieten, reagiert die derzeitige politische Führung darauf zynisch: Kanzler Sebastian Kurz erklärte allen Ernstes, das Eigentum der beste Schutz vor Armut sei und die Leute sich doch einfach Immobilien kaufen sollten. Die Sozialministerin behauptete, dass man von 150 € im Monat problemlos leben könne. Die politischen Reformen verschärfen die Problematik: Die Mindestsicherung wurde abgeschafft und durch eine „Sozialhilfe neu" ersetzt, die für Familien mit mehreren Kindern deutlich weniger Geld bedeutet. Zudem werde es oft als individuelles Versagen dargestellt, wenn jemand nur einen schlecht bezahlten Job hat – jeder könne ja etwas erreichen, wenn er nur wolle. Ein erheblicher Anteil der Arbeitnehmer*innen in Österreich befindet sich in instabilen Verhältnissen – sie werden immer wieder für eine Zeit ausgestellt und müssen zum AMS, dem österreichischen Pendant zur Bundesagentur für

Distrikt West sucht Fahrradanhänger für den Wahlkampf

Liebe Genoss*innen,
Für den Wahlkampf hat sich der Distrikt überlegt, dass ein mobiler Infostand an einigen Orten sinnvoll wäre. Unsere Idee für diesen Zweck ein E-Lastenrad zu kaufen ist leider viel zu teuer gewesen. Wir wollen deshalb unsere Idee mit einem Fahrradanhänger verwirklichen. Wenn jemand von euch also noch einen geeigneten Anhänger ungenutzt zuhause hat, oder eine andere Person kennt, gebt bitte Bescheid an Tobias Körber, spd@tobias-koerber.de!

Arbeit. Das Steuersystem führt zudem dazu, dass die Steuerlast überwiegend von Erwerbstätigen getragen wird. In den Medien seien diese Themen wenig präsent. Ursache hierfür sind die Zugangsvoraussetzungen für die Arbeit in den Medien: Es werden einige Praktika, meist unbezahlt oder schlecht bezahlt, vorausgesetzt. Dies schaffen vor allem Personen, die viel Unterstützung durch ein wohlhabendes Elternhaus erhalten. Damit wird nur eine kleine Gruppe der Bevölkerung abgebildet.

Nach dieser Einführung ging Veronika auf ihr Buch ein: Während der erste Teil einen theoretischen Hintergrund liefert, zeigt sie im zweiten Teil des Buches die Problematik anschaulich am Beispiel mehrerer Betroffener auf: Ein Mitarbeiter in der Industrie, der zwei bis drei Mal pro Jahr zeitweise arbeitslos wird, wenn die Produktion geringer ist; eine vierköpfige Familie, der nur 20 € für die Ernährung für eine Woche zur Verfügung stehen, was einen extremen logistischen Aufwand und permanenten Stress bedeutet; eine Mitarbeiterin im Layout, die in die Selbstständigkeit geriet und dann trotz formal gleichen Gehalts weniger Geld zur Verfügung hatte, weil sie nun sämtliche Versicherungsbeiträge selbst zahlen musste und zudem reduzierte Pensionsansprüche hatte. In diesem Fall konnte jedoch eine Lösung gefunden werden: Die österreichische Pflichtversicherung hatte die Möglichkeit, den Fall zu überprüfen, und stellte Scheinselbstständigkeit fest. Damit konnte die Betroffene die Entgeltdifferenz einklagen und Pensionsansprüche rückwirkend erhalten. Nach einer beschlossenen Reform der Sozialversicherung in Österreich wird eine derartige Überprüfung der Scheinselbstständigkeit jedoch nicht mehr möglich sein. Zudem wurden inzwischen die im Lohndumpinggesetz vorgesehenen Sanktionen deutlich entschärft: Statt für jede einzelne betroffene Person wird für ein Unternehmen nun nur noch für eine Person eine Strafe fällig.

Weiterhin erwähnte Veronika, dass in Österreich ein Drittel prekär beschäftigt seien. In diesem Bereich ist ein Absinken des Einkommens festzustellen, während gleichzeitig die Mieten steigen. Die Sparpolitik der EU habe zudem dazu geführt, dass die Arbeitszeiten in Europa angestiegen sind. Es wurde eine sehr wirtschaftsliberale Politik verfolgt, nach dem Motto: Mehr Wirtschaftswachstum führt automatisch auch zu besseren Löhnen, was sich so leider nicht bewahrheitet. Diese Politik führt zu einer sinkenden Wahlbeteiligung, da sich viele Menschen von der Politik nicht mehr vertreten fühlen: In Österreich lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl bei nur 47 %. Zudem gehen eher Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen und besserer Einkommenssituation wählen, was dann zu entsprechenden Wahlergebnissen führt.

Im letzten Teil des Buches erläutert Veronika schließlich ihre Forderungen: Die Arbeitszeit sollte auf 30 Stunden verkürzt werden, bei vollem Lohn- und Personalausgleich. So kann die Arbeit, die durch die Digitalisierung und die damit verbundene Beschleunigung intensiver und anstrengender geworden ist, auf mehrere Köpfe verteilt werden. Dies führt zudem zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, da auch die unbezahlte Arbeit besser verteilt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile erleichtert wird. Zudem müssten alle von ihrer Arbeit gut und menschenwürdig leben können. Dies führe auch zu mehr Steuereinnahmen, welche

dann entsprechend im Interesse der Allgemeinheit für die soziale Sicherung, Bildung und Infrastruktur eingesetzt werden sollten. Außerdem müsse ein neuer Arbeitnehmer*innenbegriff definiert werden. Es müssten gleiche Rechte gelten, egal welches Beschäftigungsverhältnis vorliegt. Die derzeitige Situation führe oft dazu, dass sich Kolleg*innen eher als Konkurrent*innen begreifen. Außerdem müsse eine bedingungslose soziale Absicherung gewährleistet sein. Insbesondere dürften berufliche Auszeiten aufgrund von Kinderbetreuung nicht zu Abzügen bei der Rente führen. Um Verbesserungen zu erreichen, müssten sich die Arbeitnehmer*innen stärker solidarisieren und als eine Gruppe begreifen.

Im Anschluss wurde noch rege diskutiert. Dabei wurde unter anderem der Aspekt angesprochen, dass bisher das Motto galt, dass die Unternehmer*innen das Risiko tragen, dafür aber einen höheren Lohn bekommen als die Angestellten. Inzwischen würde dieses Risiko jedoch mehr und mehr auf die Beschäftigten ausgelagert, ohne dass sich entsprechend an der Einkommensverteilung etwas ändert. Zudem wurde in Hinblick auf den Buchtitel diskutiert, inwieweit man heutzutage überhaupt noch von Klassen sprechen könne. Da jedoch auch heute keine Chancengleichheit herrschen würde und die Herkunft immer noch stark über die eigenen Perspektiven entscheidet, sei die Klassengesellschaft noch nicht wirklich überwunden.

70 Jahre Grundgesetz

Wie ein Provisorium erst zu einer Verfassung und dann zu einem Erfolg wurde

Von Mark Schuster

Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

Es gibt in Europa einen Staat, Großbritannien, der gut und sehr demokratisch (und in diesen Tagen sehr chaotisch) bis heute ohne eine geschriebene Verfassung lebt. Frankreich wiederum hat seit der Revolution 1789 mehr als ein Dutzend verschiedene Verfassungen verabschiedet. Auch Deutschland, das vor der Reichsgründung im Januar 1871 eigentlich überwiegend ein geographisch-kultureller Begriff war, hat sich in den vergangenen 150 Jahren an mehreren Verfassungen versucht. Die beste unter ihnen – und glücklicherweise auch die am längsten gültige – ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Gewiss hat sich die deutsche Geschichte nicht auf die Bundesrepublik hin entwickelt. Und dennoch konnte Deutschland nichts Besseres als dieses Grundgesetz passieren.

Das Provisorium nach dem Erbe

An seinem Anfang stand die Katastrophe als Folge der deutschen Hybris, die zuerst die kurzlebige Republik von Weimar zerstörte und dann ganz Europa sowie Teile der ganzen Welt mit Krieg und Vernichtung überzog. Was im Mai 1945 von Deutschland noch übrig war, teilte sich erst in 4 Besatzungszonen auf, und wurde dann zwei, sich in unterschiedlichen Richtungen entwickelte Staaten.

Die Entstehung des Grundgesetzes ist selbst schon Geschichte geworden: Der Konvent auf der Insel Herrenchiemsee im August 1948; das nicht immer wohlwollende Misstrauen der Westalliierten und die Ablehnung des Prozesses durch die Sowjetunion; die monatelangen Debatten im Parlamentarischen Rat mit den Hauptprotagonisten Konrad Adenauer (CDU) und Carlo Schmid (SPD); schließlich die Annahme des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949. Nach der Zustimmung der alliierten Militärgouverneure und der (west) deutschen Länder verkündete Adenauer am 23. Mai 1949 das Grundgesetz, am 24. Mai um Mitternacht trat es in Kraft.

„Verfassung“ wollte man das Grundgesetz nicht nennen. Man dachte, das sei zu endgültig angesichts der Tatsache, dass zu viele Deutsche an seinem Zustandekommen nicht beteiligt waren. Die Deutschen aus der DDR konnten nicht mitberaten und mitbestimmen. Auch das Saarland war nicht beteiligt. Das Grundgesetz war geprägt davon, dass dieses neue Deutschland, für das es geschrieben worden war, sich radikal vom Deutschland seiner dunkelsten Stunde unterscheiden sollte. Dieses Denken findet sich bis heute nicht nur in so grundlegenden Artikeln wie über die Menschenwürde, dem Gleichheitsgrundsatz oder die Presse- und Meinungsfreiheit wieder. Es gibt darüber hinaus Artikel, die gleichsam auch als Reaktion auf und als Prävention gegen spezifische Erfahrungen in der Weimarer Republik und in der Nazi-Zeit formuliert worden sind.

Zwar sollte das Grundgesetz durchaus an die positiven Seiten der Weimarer Verfassung anknüpfen. Aber in jedem Fall sollte die Bundesrepublik so etwas wie die Antithese zum Nazi-Staat werden; das Grundgesetz gab dafür den Rahmen. Weil sich im Osten die DDR ebenfalls als Antithese zu den Deutschlands vor 1945 verstand, gleichzeitig aber auch das sozialistische Gegenmodell zur BRD sein wollte, war die

Konkurrenz der beiden deutschen Staaten auch eine regionale Ableitung der globalen Systemkonkurrenz zwischen kapitalistischer Demokratie und sozialistischer Ein-Partei-Herrschaft an der heißen Nahtstelle zwischen Ost und West.

Vom Provisorium zur endgültigen Lösung

Im Parlamentarischen Rat war die Einheit Deutschlands noch sehr im Vordergrund gestanden; das Grundgesetz wurde durchaus auch als Teil jenes Provisoriums verstanden, als das viele die Bonner Republik zunächst sahen. Im Laufe der Zeit akzeptierten immer mehr im Westen die DDR als Faktum und die Teilung Deutschlands ebenso. Die allermeisten Deutschen hielten eine Vereinigung der beiden Teile nicht mehr realistisch – jedenfalls nicht in der damals absehbaren Zeit. Dies hatte auch die Folge, dass die BRD und ihr Grundgesetz den Charakter des Provisoriums mehr und mehr verloren. Die Bonner Republik war der westdeutsche Normalfall geworden.

Für viele Westdeutsche wurde das Grundgesetz auch so etwas wie das Zentrum einer säkularen Staatsreligion. Die lange und quälende Auseinandersetzung über Nation und Nationalismus, über die deutsche Identität und darüber, ob der Weg nach Auschwitz „typisch deutsch“ gewesen sei, prägte lange das geistige Leben in der Bundesrepublik. Dem deutschen Patriotismus alter nationaler Prägung stellte man den Verfassungspatriotismus entgegen – das Selbstverständnis großer Teile der Gesellschaft fußte auf den Werten des Grundgesetzes. Viele definierten jenes „Deutschland“, das sie als das Ihre betrachteten, nicht mehr so über seine Geschichte oder seine Kultur, sondern eben über das Grundgesetz.

Dies gab es in moderater Ausprägung, aber, nicht zuletzt während der bleiernen Jahre des RAF-Terrorismus, auch in einer vielleicht dann doch wieder typisch deutschen Überreaktion. Verfassungspatrioten waren eher sanfte Demokraten wie Bundespräsident Gustav Heinemann, aber auch leicht autoritäre Charaktere wie Helmut Schmidt. Selbsterklärte Verfassungspatriotismus wurde in eher linksliberalen Kreisen außerdem zu einem als moralisch besser empfundenen Substitut für das Nationalbewusstsein.

Ein bei Links und Rechts nahezu ähnlich beliebter Vorwurf lautet bis heute, dass der jeweilige politische Gegner die Verfassung aushöhle oder gegen Buchstaben und Geist des Grundgesetzes verstoße. Das in Deutschland noch (oder wieder) verbreitete Gefühl, man stehe kurz vor dem Abgrund und die Verfassung sei ernsthaft gefährdet, bestimmte viele Auseinandersetzungen. Dazu passt, dass es eine Frage gibt, die seit Jahrzehnten Konjunktur hat: Wie stabil ist die Republik, wohin treibt sie, was unterscheidet uns von Weimar?

Aber eigentlich belegt die Tatsache, dass wir alle 10 Jahre zum jeweiligen Jubiläum des Grundgesetzes gedankenschwere Überlegungen zur Stabilität der Republik anstellen, wie stabil diese Bundesrepublik ist – und wie das Grundgesetz diese Stabilität gefördert hat. Es gab sogar mit einem Art. 23 einen Weg vor, den auch die DDR-Volkskammer 1990 mit Mehrheit einschlagen wollte, um die Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch der DDR zur BRD zu vollziehen. Dies ist bis heute außerordentlich bemerkenswert geblieben, denn de facto hat das Verfassungs-, Staats- und Demokratieverständnis der Väter und Mütter des Grundgesetzes entscheidend dazu beigetragen, dass ein so komplizierter Prozess wie die Vereinigung zweiter Staaten einer Nation geglückt ist.

Nein, perfekt lief dieser Prozess nicht, und auch heute, mehr als ein Vierteljahrhundert später, leben die Deutschen in Ost und West mit manchen Schwächen und etlichen Defiziten. Manchmal wirkt es so, als nehme die Entfernung zwischen Ost und West wieder zu. Wer aber weiß, wie es vor 1989 warm der muss eigentlich auch wissen, wie sehr gerade das Grundgesetz zur allmählichen Integration zweier Gesellschaften und Kulturen beigetragen hat, die sich seit Ende der 1940er-Jahre bewusst und mutwillig voneinander entfernt hatten.

Die friedliche Revolution im Ost und die zweifelnde Grundgesetz-Republik im Westen bereiteten jenen Boden, auf dem das nun wirkliche Deutschland gewachsen ist. Folgerichtig gibt es den alten Beitritts-Artikel 23 nicht mehr; trotz aller Probleme hat sich eines der wichtigen Ziele des Grundgesetzstaates verwirklicht: die friedliche deutsche Einigung und mit ihr die Gültigkeit des Grundgesetzes für alle Deutschen.

An der Stelle des Beitritts-Artikels steht jetzt der Europa-Artikel 23. Er schreibt nicht nur die europäische Verankerung der Bundesrepublik fest, sondern auch die andauernde Bedeutung des Wertekanons des Grundgesetzes für Europa. Schade eigentlich, dass die Briten keine Verfassung, schade aber vor allem, dass sie keinen solchen Europa-Artikel haben.

Karlsruhe als Symbol für dieses Grundgesetz

Deutschland lebt gut mit seinem Grundgesetz, das auch in diesem Sinne längst die Verfassung ist, weil es zu jeder Zeit eben auch die Verfassung, den Zustand der Republik widergespiegelt hat. Um die Auslegung des Grundgesetzes wird gestritten, seitdem es in Kraft ist. Die Geschichte der Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ist auch die Geschichte der Bundesrepublik. Seit 1951 sitzt es in Karlsruhe, und seitdem ist der Name dieser eher beschaulichen einstigen badischen Residenzstadt zu einem Symbol der Bundesrepublik, und damit auch des Grundgesetzes geworden.

Die Karlsruher Richter haben im Laufe der Jahrzehnte viele Urteile gefällt, die das Grundgesetz interpretiert haben und vielerlei politische Folgen nach sich zogen. Das Gericht, das als Institution höchstes Ansehen genießt, trägt dazu bei, dass das Grundgesetz eben nicht auf dem Status seiner Verabschiedung stehen bleibt oder gar erstarrt. Die Verfassungsgerichtsbarkeit schreibt die Verfassung zwar nicht neu, aber sie schreibt sie fort. Sie agiert darauf, dass sich die Zeiten und die Wahrnehmung der Menschen von Staat und Gesellschaft, von Recht und Gerechtigkeit verändern. Das trifft auch, aber nicht nur für Bereiche zu, von denen auf Herrenchiemsee oder im Parlamentarischen Rat niemand etwas wissen konnte – Datenschutz und Auslandseinsätze der Bundeswehr, gleichgeschlechtliche Ehen oder eine europäische Gemeinschaftswährung. Das Grundgesetz zeigt sich jedes Mal zeitlos und dynamisch – darin liegt der Erfolg unserer Verfassung!

Das Grundgesetz ist in Würde 70 Jahre alt geworden. Es legte die Grundlage der Bundesrepublik und wurde zu ihrem Gerüst. Wenn alles gut geht, wird dies noch sehr lange so bleiben. Nein, es muss alles gut gehen, denn diese Verfassung ist der Erfolg dieser Republik!

70 Jahre Grundgesetz

Menschenwürde

Die unteilbare Menschenwürde ist das kühnste Versprechen des Grundgesetzes: Sie kennt kein Vielleicht, kein Abwägen, keine Ausnahme.

Von Mark Schuster

Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar". Der Satz ist ein atemberaubendes Versprechen und fast schon eine Anmaßung. Wie oft hört man in den Nachrichten, dass die Menschenwürde nicht nur angetastet, sondern in den Staub getreten wird, Trotzdem formuliert Art. 1 Abs. 1 GG einen verfassungsrechtlichen Superlativ. Die pathetische Sentenz erlaubt keine Relativierung, sie ist keine Zusage, die sich selbst zurücknimmt, sie kennt kein zögerliches „kommt drauf an" (Lieblingsantwort eines Juristen) und nicht einmal die Abwägung mit anderen Grundrechten.

Die Würde des Menschen ist unantastbar: Das klingt wie ein Paradies. Die Wahrheit ist: Der Schutz der Menschenwürde wurde aus der Hölle geboren. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten die Barbarei und den Zivilisationsbruch der Nazizeit noch schrecklich klar vor Augen. Ein Staat hatte sich zum größten Verbrechen der Menschheit verschworen. Da galt es im Parlamentarischen Rat, die Vorzeichen des neuen Staates umzukehren, von minus auf plus. Artikel 1 rückt den Menschen ins Zentrum der staatlichen Existenz: So steht es im zweiten Satz, die Menschenwürde wird darin zum Betriebssystem des Staates: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Dass eine Verfassung einen Eid auf den Menschen ablegt, das war ein gewaltiger Fortschritt. Denn historisch ist die Menschenwürde noch jung. Gewiss, der Begriff der Würde ist alt, aber seine Bedeutung war eine andere. Wenn man im Römischen Reich von Würde sprach, dann war damit die Würde des Amtes oder des höheren Ranges gemeint. Das war ein Konzept der Ungleichheit und das Gegenteil dessen, was das Grundgesetz meint. Menschenwürde genießt nicht nur der Erfolgreiche, nicht nur der Begabte, nicht nur der Reiche – nicht nur der „Würdeträger". Sondern der Mensch, weil der Mensch ist. Nicht einmal in der Französischen Menschenrechtserklärung von 1789 findet sich dieser radikale Gedanke.

Menschenwürde, was ist das?

Das Schöne und Gefährliche daran ist: Jeder kann sich darunter etwas vorstellen, nur ist es bei jedem etwas anderes. Menschenwürde meint weder den Ärger dünnhäutiger Sportmanager noch die Ehre der Kiffer, das ist leicht zu begreifen. Aber was ist das – Menschenwürde? Ist sie greifbar, messbar, sichtbar – oder nur Verfassungslyrik? Was kann man sich kaufen für diese Menschenwürde?

Tatsächlich hat das Bundesverfassungsgericht immer wieder erstaunlich konkrete Folgerungen aus Art. 1 gezogen. Er verbietet Abhörwanzen im Schlafzimmer – der „unantastbare Kernbereich der privaten Lebensgestaltung" sei von der Menschenwürde geschützt, schrieb das Gericht 2004 im Urteil zum Lauschangriff. Auch im Gefängnis ist sie zu achten: Zwei Häftlinge in eine Zelle von 8qm ohne abgetrennte Toilette zu sperren, ist nicht menschenwürdig, hat Karlsruhe mehrmals entschieden.

Und schließlich das menschenwürdige Existenzminimum: Es sichert jedem Hilfsbedürftigen die materiellen Voraussetzungen, „die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind". So entschieden die Verfassungsrichter am 09. Februar 2010; die Hartz-IV-Sätze mussten neu berechnet werden.

Menschenwürde lässt sich also in Quadratmetern messen. Oder in Euro umrechnen. Man merkt schon: Sie kommt häufig dann ins Spiel, wenn die Freiräume ganz eng zu werden drohen. Wenn also der hehre Satz, mit dem das Bundesverfassungsgericht das Prinzip Menschenwürde einmal erläuterte, plötzlich wie ein leeres Versprechen klingt: „Dem liegt die Vorstellung von Menschen als geistig-sittlichen Wesen zugrunde, das darauf angelegt, in Freiheit sich selbst zu bestimmen und sich zu entfalten."

Geistlich-sittliches Wesen? Freie Entfaltung? Wer hinter Gefängnismauern lebt oder kein Geld zum Leben hat, für den ist nicht mehr viel übrig vom würdigen Leben. Aber genau in dieser Situation schlägt die Stunde der Menschenwürde. Sie verspricht kein sorgloses Leben, keinen unbeschränkten Raum zur Selbstverwirklichung, keinen Komplettschutz vor staatliche Belästigung. Nein, sie verspricht nur, dass vom Menschsein auch dann noch etwas bleiben muss, wenn die Freiheit auf die Größe einer Nussschale geschrumpft ist.

Ja zu lebenslang, aber...

Oder wenn das Leben fast verwirkt ist: 2006 untersagten die Karlsruher Richter den Abschluss entführter Passagiermaschinen, selbst wenn damit eine größere Zahl von Menschen gerettet werden könnte. Diese missachte die Betroffenen als Subjekte der Würde: „Sie werden dadurch, dass ihre Tötung als Mittel zur Rettung anderer benutzt wird, verdinglicht und gleichzeitig entrechtlicht." Der Mensch, heißt es, darf nicht zu einer Ziffer in der Saldierung der Toten werden. 200 getötet, 20.000

gerettet.

Manchmal bedeutet Menschenwürde nicht mehr als – Hoffnung. Der Satz mit dem geistlich-sittlichen Wesen stammt aus der Lebenslang-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1977, auch dies ein Fall von äußeren Rand der Gesellschaft. Damit hat das Gericht gesagt: Ja, auch lebenslange Haft ist mir der Menschenwürde vereinbar, obwohl kaum jemand 15, 20 Jahre Haft ohne Schäden an Leib und Seele überstehen kann. Das Gericht setzte sich jedoch hinter das „ja“ ein großes „Aber“: Menschenwürdig sie der Strafvollzug nur dann, wenn dem Häftling zumindest die Chance verbleibe, „je wieder der Freiheit teilhaftig zu werden“. Auch dies ist ein Satz, der konkrete Konsequenzen hat – Therapieangebote, Resozialisierungsbemühungen und vielleicht doch eine vorzeitige Entlassung. Menschen wäre dann auch in Jahren messbar.

Niemals darf dem Menschen der Rückweg zu einem Menschsein verbaut werden, das den Namen verdient – zum Dasein als selbstbestimmtes Wesen in Freiheit. Das gilt auch und gerade dort, wo dieser „soziale Wert- und Achtungsanspruch“, von dem das Gericht gern spricht, zur ganz kleinen Münze geworden ist. „Die grundlegenden Voraussetzungen individueller und sozialer Existenz des Menschen müssen erhalten bleiben“, schrieb das Gericht.

2004 folgte dann das Sequel der Lebenslag-Entscheidung, es ging um die Sicherheitsverwahrung gefährlicher Straftäter. Auch hier gab das Gericht grünes Licht: „Es ist der staatlichen Gemeinschaft nicht verwehrt, sich gegen gefährliche Straftäter durch Freiheitsentzug zu sichern.“ Auch forderte es ein „reelle Chance“ auf Wiedergewinnung der Freiheit. Aber weil es um die Schlimmsten der Schlimmen ging erinnerte das Gericht daran, dass Menschenwürde kein Verfallsdatum und keine Verwirkung kennt. „Selbst durch unwürdiges Verhalten geht sie nicht verloren. Sie kann keinem Menschen genommen werden.“

In jede Zeit fällt der Prozess gegen einen Frankfurter Polizeivizepräsidenten, der einem Kindesentführer Folter angedroht hatte – in der trügerischen Hoffnung, ihn zum Reden zu bringen und den entführten Jungen dadurch zu retten. Der Fall löste eine beklemmende Diskussion aus. Folter, dieses absolute Tabu für jeden Staat, der sich zur Menschenwürde bekennt – sie schien für Teile der Gesellschaft plötzlich wieder in die Nähe des Denkbaren zu geraten. Aber den Satz, sie gehe selbst durch unwürdiges Verhalten nicht verloren, hätten damals gewiss nicht mehr alle unterschrieben.

Es könnte sein, dass dieser Gedanke noch mal wichtig wird, denn die Zeichen stehen auf Ausgrenzung. Das gilt für Sexualverbrecher, zumal, wenn es um Kinder geht, das gilt auch für islamistische „Gefährder“. Die Bereitschaft sinkt, ihnen wenigstens das Minimalprogramm des Rechtsstaats zuzugestehen. Das bayerische Polizeiaufgabengesetz droht mit notfalls unbegrenzter Präventivhaft – damit sie den Terrorakt gar nicht erst begehen können, den man ihnen zutraut. Was sagt das Verfassungsgericht dazu? Niemand darf „zum bloßen Objekt der Verbrechensbekämpfung“ gemacht werden.

Schicksal vieler Flüchtlinge schon 1948/49 vor Augen

Und noch eine Gruppe könnte Schutz unter dem Dach der Menschenwürde

ZUR ERINNERUNG

Von Stefan Barth

Es ist unstrittig, dass die beiden Großkirchen in Deutschland in ihren Predigten im Ersten Weltkrieg unzählige Männer in den „Heldentod“ getrieben haben und mit zu den Totengräbern der Weimarer Republik gehörten. Im März 1933 hat die Zentrumsunion, mit dem Segen der deutschen Bischofskonferenz, Hitler zum Ermächtigungsgesetz verholfen. Beide Kirchen, auch die „Deutschen Christen“ in der Evangelischen Kirche, unterstützten, getreu Luther, die Judenverfolgung und Euthanasie Hitlers. In beiden Kirchen gab es, mit wenigen Ausnahmen, kaum Gegner des Nationalsozialismus. Dieses Verhalten führte zu dem Vertrag mit Hitler - zu dem KONKORDAT -, das den Kirchen viele Privilegien und finanzielle Vorteile bis heute einräumt. Und als der Krieg verloren war und Deutschland in Schutt und Asche lag, halfen der Vatikan über die „Kloster/Rattenlinie“ und die evangelischen Hilfswerke Naziverbrechern ihrer Strafe zu entgehen, indem sie ihnen eine falsche Identität verschafften und die Flucht nach Argentinien ermöglichten.

Der Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen (AsF) der SPD in Schleswig-Holstein stellte Anfang März 1915 für den Landesparteitag Mitte März Forderungen nach einer „modernen Demokratie“, die „in ihrem Kern laizistisch“ sei. Also keine religiösen Symbole wie Kruzifixe in Schulen, Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden, Aufhebung des Tanzverbots an stillen Feiertagen wie Karfreitag, Ethik- statt Religionsunterricht, Rückzug des Staates bei der Erhebung der Kirchensteuer sowie Aufhebung der Ewigkeitsklausel in Kirchenstaatsverträgen.

Anstelle einer politischen Diskussion und dem Abwägen von Argumenten prasselten -von den Kirchen und ihren Freunden - Emotionen auf die SPD-Frauen herab. Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag überschrieb die Meldung zu diesen Forderungen mit: „Trennung von Staat und Kirche: SPD-Frauen rüsten zum Großangriff “. Doch der Vorstand der SPD von Schleswig Holstein war zu feige diese fortschrittlichen Gedanken aufzugreifen.

In unserem Grundgesetz steht zwar, dass die Bundesrepublik ein säkularer Staat sei, aber in der Praxis leben wir in einem Kirchenstaat. Die Lobbyisten der Kirchen beeinflussen, trotz fehlender demokratischer Legitimation, über hörige Abgeordnete und Ministerialbeamte, unsere Gesetze im Sinne der Großkirchen. Mit den vielen Milliarden Euro, die die Großkirchen mit der Diakonie und Caritas jährlich vom Steuerzahler bekommen und die das Mehrfache der 10 Milliarden der Kirchensteuer ausmachen, könnte man die Armut in Deutschland erfolgreich bekämpfen und auch eine satte Grundrente finanzieren. Das wäre ein Akt der Nächstenliebe.

(Im Text sind Teile aus dem Buch Kirchenrepublik Deutschland von Carten Frerk zitiert)

suchen. Eine Gruppe übrigens, die sich in keiner Weise unwürdig verhalten hat. Seit einigen Jahren mehren sich die Versuche, Flüchtlinge loszuwerden oder gar nicht erst ins Land zu lassen – möglichst schon an den europäischen Außengrenzen. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht im Asylurteil von 1996 dazu die ernüchternde Feststellung getroffen, das Grundrecht auf Asyl gehöre nicht zur „Ewigkeitsgarantie" der Menschenwürde und könnte daher per Verfassungsänderung sogar abgeschafft werden. Aber ganz so einfach liegen die Dinge wohl nicht. Das Gericht selbst hatte sieben Jahre zuvor formuliert, „allgemein" liege dem Asylgrundrecht durchaus der Gedanke der Menschenwürde zugrunde. Um im Parlamentarischen Rat stand den Autoren des Grundgesetzes die Erfahrung von Flüchtigen noch sehr drastisch vor Augen, die einst von Land zu Land geirrt waren, nur um aufs Neue an der Grenze abgewiesen zu werden.

Ihnen erschien es deshalb zu riskant, der Grenzpolizei die Zurückweisung zu überlassen – ohne ordentliche Prüfung eines Asylanspruchs. Aus Sicht des Rechtswissenschaftlers Mathias Hong, der eine Habilitationsschrift über Menschenwürde verfasst hat, spricht viel dafür, dass auch das Flüchtlingsrecht einen Kern hat, der von der Menschenwürde geschützt ist. Einen Kern, zu dem das Verbot des „Refoulement" gehört, also der schlichten Zurückweisung an der Grenze ohne Prüfung.

Weil ansonsten die Gefahr besteht, dass die Flüchtlinge durchgereicht werden, bis ins menschenrechtliche Niemandsland. „Dann beginnt das Spiel: Man schickt den Mann zurück oder man schickt ihn an die nächste Grenze, und von dort geht es wieder weiter", warnte seinerseits Carlo Schmidt (SPD). Hermann von Mangoldt (CDU) pflichtete ihm bei: „Wir haben unsere Erfahrungen aus dem Krieg".

Aus dem Bauch gesprochen:

Freiheit statt Sozialismus!

Von Monika Fath-Kelling

Freiheit statt Sozialismus: Steiles Statement!

Aber ein Wort in diesem Statement ist falsch. Und zwar grundfalsch. So falsch, dass bei Einsatz von nur ein ganz klein wenig Gehirnschmalz klar wird, das ganze Statement ist ein einziges Stück bullshit. Zur Erinnerung: bullshit bezeichnet mehr oder weniger sinnfreie Aussagen, die wahr, mit einem Körnchen Wahrheit oder unwahr sein können. Sie dienen ausschließlich einer gewollten Effekthascherei. Unser Statement ist ein Paradebeispiel für bullshit. Sozusagen bullshit Goldstandard.

Nehmen wir an, ein Mensch ganz für sich gestellt. Robinson Crusoe ohne Freitag. Hat dieser arme Tropf den höchsten Freiheitsgrad erreicht? Nein, natürlich nicht. Freiheit kann man nicht einfach haben wie abstehende Ohren oder Plattfüße, Freiheit ist eine Erkenntnisleistung. Erst wenn ich erkenne und verstehe, dass meine Mitmenschen -denn ohne diese kann es Freiheit im Sinne der Aufklärung gar nicht geben- Freiheit auch im gleichen Maße haben, kann ich als Person „freie Entscheidungen" treffen. Ohne das Zugeständnis dass alle Menschen „gleich frei" sind, wäre Freiheit Willkür. Genau deshalb darf eine Gesellschaft -wenn ihr die Freiheit als Grundwert lieb und teuer ist- Fanatismus jeder Art, der eine einzige Sicht- oder Lebensweise als unumstößlich wahr und unverrückbar propagiert, keinesfalls tolerieren. Selbstverständlich können einzelne Mitgleider fanatische Ansichten im gesellschaftlichen Diskurs äußern, aber eine freiheitlich verfasste Gesellschaft darf freiheitswidriges Verhalten nicht dulden.

Wenden wir uns nun dem zweiten Begriff unseres Statements zu: Sozialismus. In einer sozialistisch verfassten Gesellschaft muss es neben dem Wert der Freiheit noch andere Grundwerte geben, die für das Gelingen von Gesellschaft vonnöten sind. Die eiserne Lady Thatcher meinte zwar: „there is no such thing as society". Ich persönlich frage mich dann zwar was sie regiert hat, den luftleeren Raum, oder eine Ansammlung von Individuen, die sowieso machen was sie wollen? So weit kann also Wirklichkeitsverweigerung, gar Wirklichkeitsleugnung gehen!

Selbstverständlich müssen schwächere Glieder einer Gesellschaft unterstützt werden, sollten alle Mitgleider einer Gesellschaft wenigstens annähernd gleiche Chancen auf Bildung, auf Teilhabe am Geschehen der Gesellschaft haben. Eine exklusive Gesellschaft mit Rechten und Chancen für nur Wenige, die alle Resourcen und Reichtümer auf sich häufen, und daneben ein Heer entrechteter armer Schlucker, die täglich ums nackte Überleben kämpfen müssen, ist keine Gesellschaft, sondern ein Leben veachtendes, Leben vernichtendes, im weiten Sinne menschenunwürdiges System. Eine menschliche Gesellschaft braucht also zwingend „Sozialismus", anders ausgedrückt „Gemeinsinn" ebenso wie Freiheit. Freiheit und Gemeinsinn müssen permanent erstritten und gepflegt werden.

Es ist also das Wörtchen „statt" das grundfalsch ist in unserem Goldstandard bullshit-statement. Freiheit geht nur mit Sozialismus, Sozialismus nur mit Freiheit.

So einfach ist es, wenn man nicht wie unsere eiserne Lady die Augen vor der Wirklichkeit fest verschließt.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 19. Juni,
19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am Dienstag, 4. Juni, 19:30 Uhr, Gemeindezentrum Frauenaurach

Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Im Juli treffen wir uns am 9., ebenfalls um 19:30 Uhr im Gemeindezentrum.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Sitzung vom 7. Mai

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt.

2. Aktuelles
Ab sofort hat jede Person, jeder Gruppe oder jeder Verein die Möglichkeit sich unter https://dein-termin.florianjanik.de/ einen Termin mit dem Oberbürgermeister zu reservieren.

Am 25. Mai und 1. Juni finden die Workshops zum Wahlprogramm 2020 statt. Jeder der Lust hat sich noch am Programm zu beteiligen kann an diesen Tage mitwirken.

3. Wahlprogramm für den Distrikt Frauenaurach
In mehrwöchiger Arbeit wurde das Wahlprogramm für den Distrikt Frauenaurach erstellt. Das Programm für den Erlanger Südwesten mit knapp 180 Zeilen Text wurde wurde einstimmig beschlossen. Es wird bis zur nächsten Sitzung ein Kurzprogramm auf Grundlage des erarbeiteten Programms erstellt.

4. Tagespolitisches Thema
Keine Bedarf

5. Sonstiges
Nächste Sitzungen am 4. Juni und 9. Juli.

Jens Schäfer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Treffen findet statt am

Dienstag, 18. Juni,
19 Uhr, Pizzeria Romana (Brückenpaulus), Schronfeld 74

Im Juli treffen wir uns am 16., ebenfalls um 19 Uhr im Brücken-Paulus.

Für den Vorstand
Silvia Schäfer

Protokoll des Treffen vom 21. Mai

1. Ritzerstrasse: An der Einmündung des Fahrradwegs in den Wiesengrund parken Autos, sodaß die Einfahrt so eng ist, dass Fahrradfahrer nicht einfahren können. Wir bitten um Parkverbotsbeschilderung bzw. Markierung (gestrichelte Flächen) an dieser Stelle. Dank an der Stelle nochmals an Dr. Janik, der nach Anfrage wegen verstopfter Gullis sofort tätig wurde und den Schaden beheben ließ.
2. Schaffung eines Fußwegs zur Bushaltestelle Kurt-Schumacher-Strasse von der Wilhelminenstrasse/Leimberger Strasse/Richterstrasse (Zugang über das Spieli-Gelände) noch nicht entschieden.
3. Fahrradstrasse Tennenlohe Erlangen Ost. Es gibt nur einen Waldweg östlich der Kurt-Schumacher-Straße, der schlecht und oft überschwemmt ist,

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

darum fahren die Fahrradfahrer auf der Strasse, was die Autofahrer behindert.
4. Suche nach Touren, die wir zusammen mit Dr. Janik bzw. mit Stadträtinnen und Stadträten bzw. Kandidatinnen und Kandidaten machen können, um Erfolge und Probleme in Erlangen Ost zu zeigen. Sandra macht Vorschläge und schickt sie an Fraktion und Partei.

Sivlia Schäfer

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 18. Juni, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles: Ergebnisse der Europawahl etc.
2) Bericht von der KV-Sitzung
3) Kommunalwahl: SPD-Stadtratsliste, Wahlkampfaktivitäten
4) Thematische Vorbereitung der Ortsbeiratssitzung
5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:
- Distriktversammlungen am 9. Juli., 19 Uhr, 10. September, 19 Uhr
- Frühschoppen auf der Kerwa nach dem Zeltgottesdienst am Sonntag, 18. August, ca. 10.30 Uhr

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distiktversammlung vom 14. Mai

TOP1: Aktuelles
siehe TOP7

TOP2: Kurzbericht von Ulla über Glyphosat
1969 analysierte ein Wissenschaftler von Monsanto Glyphosat als Herbizid wirkende Substanz, was 1974 zur Einführung auf dem US-Markt als Roundup führte. Die Substanz, ein Phosphonat, hemmt ein für die Pflanze lebenswichtiges Enzym.

Seit 1996 sind Nutzpflanzen gentechnisch so veränderbar, dass sie eine Resistenz gegen Glyphosat besitzen. Somit ist es möglich, während des gesamten Pflanzenwachstums das Herbizid zu spritzen, was in den USA und vielen Ländern Südamerikas zu einem sprunghaften Anstieg des Verbrauchs führte.

Die Zahl der Missbildungen bei Neugeborenen in den Glyphosat belasteten Gebieten ist seitdem drastisch angestiegen. Studien zeigen eine erhöhte Krebsrate bei Tier und Mensch. Die Bewertung und Risikoeinschätzung geht von 2A (wahrscheinlich krebserrgend) durch die IARC bis C (nicht krebserregend) durch EPA, EFSA, BfR. Ende 2017 führte dies zu einer erneuten EU-Zulassung für fünf Jahre, wozu der damalige Landwirtschaftsminister Schmidt mit seinem Votum gegen das der Umweltministerin und entgegen der Direktive der Kanzlerin maßgeblich beigetragen hat.

TOP3: Argumente zur Europawahl
Rolf ist sehr erfreut, dass mehrere der aktiven Genossinnen und Genossen jeweils ein kurzes Statement oder einen Artikel zur EU-Wahl im TB abgegeben haben, auch der „Gerch“ äußert sich und ruft zur Wahl auf. Plakatierung zur Wahl wurde erneut kontrovers diskutiert.

Gert stellt Frage, inwieweit Europa von USA abhängig ist. Amerika hat eige-

nen Wirtschaftsraum, braucht eigentlich keine Importe. USA wollen wieder für sich selbst sein.

Diskussion über mögliche kriegerische Auseinandersetzung USA-Iran und die Missachtung der WTO durch Trump. „Trump droht, Europa knickt ein."

TOP4: Ergebnisse des StUB-Trassenforums

Rolf kommt direkt von Sitzung des UVPA.

2% der gesamten Pendler im Raum Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach werden wohl auf StUB umsteigen. Verlauf wahrscheinlich durch Sieboldstraße zu geplantem Hörsaal im „Himbeerpalast", nach der Unterführung Güterhallenstraße bis Bahnhof kurz unterirdisch.

In Tennenlohe führt die Vorzugstrasse westlich des Hotels über das Wetterkreuz hinter Sonstowski, dann entlang der B4 hinter dem Feuerwehrhaus zum SVT. Besser wäre ein Umbau der Brücke am Wetterkreuz mit einer Unterführung für die StUB. Da die Brücke weitgehend im Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Bauamtes ist (Bundesstraße), müsste dieses weitgehend den Umbau finanzieren. Wenn Brücke umgebaut wird, ist vor der Unterführung eine Haltestelle geplant. Nachteilig ist die größere Entfernung zum Gewerbegebiet.

Aus Sicht der SPD muss die Brücke dringend umgebaut und der Verkehrsfluss verbessert werden. Problematisch sind Ein- und Ausfahrt Autohof.

TOP5: Ortsumgehung Elterdorf

Weinstraße wird infolge des Neubaus der Umgehung Eltersdorf zur Staatsstraße umgewidmet werden. Die Anwesenden erwarten mehrheitlich keine nennenswerte Zunahme des Verkehrs. Durch die unübersichtliche Straßenführung soll die 50kmh-Begrenzung unbedingt erhalten bleiben.

Ein zusätzlicher Fußgängerüberweg wird nicht als nötig erachtet.

TOP6: Besuch der BUGA Heilbronn, Besichtigung der Stadtbahn

Termin wurde auf 21. September festgelegt. Fahrt soll mit Bahn und z.T. evtl. auch Stadtbahn erfolgen.

TOP7: Verschiedenes

- Gertrud bedankt sich für das Geburtstagsgeschenk. Sie konnte es für ihre New York-Reise gut gebrauchen. Die originelle Verpackung durch Gert fand sie wie wir alle sehr gelungen.
- TB kommt spätestens Freitag vom Druck. Rolf bittet, möglichst kommendes Wochenende zu verteilen.
- SPD-Programm Bürgerbeteiligung: Wilhelm hält sie auf kommunaler Ebene für äußerst sinnvoll. Dagegen spricht, dass jeder, der seine Meinung dazu abgibt, sich für einen Experten hält. Bei Bürgerentscheiden beeinflussen oft kleine lautstark sich zu Wort meldende Gruppen entscheidend die Mehrheit.
- Gert schlägt vor, die Stadtratssitzungen im Internet zu übertragen. Die SPD hatte dies allerdings früher abgelehnt.

Ursula Schnapper

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genoss*innen,
Die Listenfindungskommission, in der Feli unseren Distrikt vertritt, hat einen Vorschlag für die Stadtratsliste erarbeitet. Diesen Vorschlag wollen wir gemeinsam diskutieren und dann an unsere Vertreter*innen im Kreisvorstand weitergeben.

Außerdem fand am Samstag (25.05) die zweite Workshop-Phase zum Stadtteilhaus West statt, bei der bestimmt einige von euch waren. Darüber und vieles mehr wollen wir dann gemeinsam diskutieren.

Unsere nächste Sitzung findet statt am:

12. Juni, 20 Uhr, Gasthof „Zur Einkehr (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Aktuelles
2. Reihung Stadtratskandidat*innen
3. Stadtteilhaus West
4. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
5. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
6. Verschiedenes

Ich freue mich wie immer auf zahlreiches kommen!

Solidarische Grüße,
Tobias Körber

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 24. April

Top 1: Begrüßung
Die Begrüßung erfolgt durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2: Aktuelles
- Auch der dritte Filmnachmittag (Das Beste kommt zum Schluß) am 17. April gefiel allen Anwesenden.
- Thema Europawahl wird diskutiert.
- Hartmut entschuldigt Inge und Hem. Hem hat erklärt, dass er als Stellvertreter für den Vorstand kandidiert.

Top 3: Wahl der Versammlungsleitung
Hartmut wird gewählt.

Top 4: Rechenschaftsbericht
Den Rechenschaftsbericht hat Hartmut im Monatsspiegel, Ausgabe Februar 2019, veröffentlichen lassen. Er gibt noch kurze Erläuterungen dazu.

Top 5: Entlastung des Vorstands
Die Entlastung des Vorstands wird beschlossen und Hartmut für die geleistete Arbeit gedankt.

Top 6: Neuwahlen von Vorstand, einem Vertreter im GKV und zwei Vertretern im Kreisvorstand
- Vorschlag Vorstand: Hartmut Wiechert. Bei 5 Teilnehmern entfallen 5 Stimmen für Hartmut. Damit ist Hartmut zum Vorstand wiedergewählt.
- Vorschlag Stellvertreter: Hem Aichele, Christa Matern. Bei 5 Teilnehmern entfallen 5 Stimmen für Hem und 5 Stimmen für Christa. Damit sind Hem und Christa als Stellvertreter des Vorstands gewählt.
- Vorschlag Schriftführerin: Renate Schmidt. Bei 5 Teilnehmern entfallen 5 Stimmen auf Renate. Damit ist Renate zur Schriftführerin gewählt.
- Vorschlag Vertreter/in GKV: Per Akklamation wird Hartmut Wiechert einstimmig als Vertreter im GKV bestimmt.
- Vorschlag Vertreter/in im Kreisvorstand: Helmut Aichele, Christa Matern. Per Akklamation werden Helmut Aichele und Christa Matern 1-stimmig als Vertreter im GKV bestimmt.

Top 7: Arbeitsplanung 2019
- Besuch der Jenenser: Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, Termin 1. Treffen der Arbeitsgruppe: 6. oder 7. Mai, 14:00 Uhr August-Bebel-Haus.
- September: Besichtigung der Tabea-Musterwohnung in Roth
- Gegenbesuch aus Regensburg: Oktober 2019
- September, Oktober, November 2019: weitere Filmnachmittage

Top 8: Verschiedenes
- Zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ gibt es eine lebhafte Diskussion.
- Nächster Termin: Mittwoch, 19. Juni 2019, 15:00 Uhr

Protokollführerin: Renate Schmidt

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,
im Juni treffen wir uns am
- 4. Juni, 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses (Thema: paritätische Wahllisten)
- 11. Juni zu unserem obligatorischen Berg-Termin „Jusos am Berg“ (Treffpunkt 18 Uhr, wahrscheinlich an der Eisdiele "Venezia")

Wir freuen uns natürlich auf euer zahlreiches Erscheinen bei beiden Terminen.

Grüße,
euer Vorstand